

## 16. Wahlperiode

---

### Antrag

der Fraktion der CDU

#### **Auskömmliche und transparente Finanzierung der Bezirke**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. den von der Senatsverwaltung für Finanzen mit Schreiben vom 13. März 2009 übermittelten Produktplafonds des Bezirksplafonds für die Jahre 2010 und 2011 um jeweils 143 Mio. € aufzustocken,
2. die Berücksichtigung der kalkulatorischen Kosten im Zuweisungssystem gegenüber den Vorjahren unverändert zu lassen und die Zuweisungsbeträge entsprechend zu bereinigen,
3. von der Pagatorisierung der kalkulatorischen Kosten so lange Abstand zu nehmen, bis die konzeptionellen und tatsächlichen Voraussetzungen für das bezirkliche Facility-Management vollständig geschaffen worden sind und dessen auskömmliche haushaltmäßige Unterlegung dargestellt ist.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. August 2009 zu berichten.

*Begründung:*

Zu 1.

Die Ermittlung des Plafonds für die Haushaltsjahre 2010/11 wurde allein auf kameraler Grundlage vorgenommen. Die mit dem Konzept der Budgetierung auf Basis der Kosten- und Leistungsrechnung vom Parlament beabsichtigte auskömmliche Finanzierung der Bezirke wurde damit negiert. Insbesondere die Abkoppelung der Aufwandseite von den zu erbringenden Leistungen ist ein Rückfall in die 60er Jahre des letzten Jahrhunderts und trägt den Anforderungen, die an die Bezirksverwaltungen gestellt werden, in keiner Weise Rechnung. Insofern ist dem Beschluss Nr. R-507/2009 des Rats der Bürgermeister vom 26. März 2009, der eine Aufstockung des Plafonds um jeweils 204 Mio. € gefordert hatte, insoweit Rechnung zu tragen, dass dieser Betrag mit den zu erwartenden investiven Einnahmen der Bezirke saldiert wird, mithin um jeweils 143 Mio. € aufgestockt wird.

Zu 2. und 3.

Die Begründung zur Pagatorisierung der kalkulatorischen Kosten (UA Bezirke, Vorgang Nr. 0056 ist nicht stichhaltig. Weder wird das Berechnungsverfahren vereinfacht, noch wird mehr Transparenz erzeugt, noch ist damit ein zusätzlicher Steuerungseffekt verbunden.

Die nicht zahlungswirksamen Kostenanteile werden auch bei einer Pagatorisierung nicht den Bezirken zur Finanzierung von Ersatzinvestitionen belassen (wie dies bei der Entwicklung des Budgetierungskonzepts zunächst überlegt worden war), sondern werden nach wie vor abgeschöpft.

Das bezirkliche Facility-Management wird dadurch nicht unterstützt, weil die Bezirke bei einem Mieter-Vermieter-Modell nicht wie die BIM die Möglichkeit haben, durch Inanspruchnahme von Mieteinnahmen für Zwecke der Bauunterhaltung und entsprechende Reduzierung von Abführungen an den Landeshaushalt die eigentlich notwendige Substanzerhaltung zu betreiben.

Zudem führt die Umstellung des Verfahrens zu Umverteilungseffekten, mit denen sich das Abgeordnetenhaus bisher noch nicht adäquat auseinandersetzen konnte.

Da das Verfahren noch nicht ausgestaltet ist (mit den Finanzstadträten ist vereinbart worden, die weitere Ausgestaltung des Verfahrens in einer Arbeitsgruppe des Projektteams Budgetierung zu beraten), kann sich das Abgeordnetenhaus

noch keine abschließende Meinung bilden; zumal zu befürchten ist, dass mit der Pagatorisierung der kalkulatorischen Kosten ein weiterer Ansatzpunkt gefunden werden soll, die Finanzierung der Bezirke zu verknappen.

Berlin, den 20. Mai 2009

Henkel Goetze Graf  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der CDU